



«Ich warne davor, wegen der Corona-Krise in eine Massenpsychose zu verfallen»

Beat Rieder, Ständerat

Trafen Bundesrat und Staatsrat in der Corona-Krise bisher die richtigen Massnahmen?

«Gesundheitspolitisch kann ich mich dazu nicht äussern. Das wird sich erst im Rückblick beurteilen lassen. Wirtschaftspolitisch ist das Tempo des SECO zu langsam. Die bisher in Aussicht gestellten Mittel sind höchstwahrscheinlich viel zu tief. Der Bedarf liegt eher bei 100 denn bei 10 Milliarden Franken, um die Krise zu meistern. Besser werden muss die Koordination zwischen den Kantonen und dem Bund. In solchen Ausnahmesituationen muss der Bundesrat entscheiden. Er trägt auch die finanzielle Verantwortung. Im Übrigen warne ich davor, in eine Massenpsychose zu verfallen. Wir dürfen uns künftig nicht durch jeden Virus die Wirtschaft lahmlegen lassen.»

Man wirft Ihnen vor, als Tourismus-Politiker in der Corona-Krise bisher selbst zögerlich gehandelt zu haben...

«Ich habe bisher, abgesehen von einer Ecke, keine Vorwürfe vernommen. Fakt ist, dass wir schon am 6. März ein Paket von Sofortmassnahmen vorgelegt haben. Kurzfristig, also per sofort, waren das unbürokratische, grosszügige Hilfe ohne Wartefristen für die Kurzarbeit, Lösungen für Saisonangestellte und Selbstständige sowie die Verhinderung von Liquiditätsengpässen für alle betroffenen Unternehmen. Mittel- und langfristig kommen wir nicht um einen staatlichen Investitionsfonds für gewisse Wirtschaftssektoren herum, die konkurrenzunfähig geworden sind. Jetzt wäre dafür der richtige Zeitpunkt.»

Der Nationalrat stützte Ihre Motion zur Prüfung von ausländischen Firmenübernahmen. Gegner behaupten, damit würden nun wichtige Investoren vom Wirtschaftsstandort Schweiz ferngehalten. Was gilt jetzt?

«Es gibt keine einzige Studie, die durch solche Schutzmassnahmen des heimischen Marktes Investitionshemmnisse offenlegt. Vielmehr zeigt die aktuelle Krise, wie lebenswichtig die Kontrolle ist. Wir sind da eher zu spät als zu früh. Die allermeisten Industriestaaten schützen durch solche Massnahmen längst ihren Standort. Parallel zum Investitionsschutz braucht es übrigens, quasi als dessen Zwilling, einen Investitionsfonds. Andere Länder haben das längst begriffen.»

Sehen Sie den Investitionsschutz in einem direkten Zusammenhang mit den Investitionen des Bundes von jährlich über 700 Millionen Franken in die Asiatische Infrastrukturbank AIIB?

«Die Corona-Krise zeigt uns, dass auch in Europa ein eigentlicher Infrastruktur-Nachholbedarf besteht. Das italienische Gesundheitswesen ist mir da wichtiger und näher als eine asiatische Infrastrukturbank. Wir würden unser Geld besser bei den Nachbarn investieren, damit sie ihr desaströses Gesundheitssystem verbessern können. Warum also investieren wir unsere Mittel nicht in der europäischen Entwicklungsbank?»

Umfrage: Thomas Rieder